

ISRAEL

31.03.2010

1 / 2

Dr. Josef Kertész

Vornehmlich grün positionierte, zum Teil prominente Schweizer Personen versuchen mit ganzseitigen Inseraten den Bundesrat zu bewegen, gegen die Aufnahme Israels in die OECD Stellung zu beziehen. Ernüchternd ist der Umstand, dass offensichtlich gerade jener Kreis von Personen zur Isolierung des Staates Israel aufruft, der die Integration von Unrechtsregimes wie das des Iran und von stellvertretend wirkenden kriminellen Organisationen wie der Hamas und der Hizbollah befürwortet. Denn damit wird klar, dass die gegen eine Aufnahme Israels in die OECD vorgebrachten Argumente nur Vorwände sind und das dahinter liegende Interesse das der Förderung der weltweiten Kampagne zur Delegitimierung Israels ist. Diese Delegitimierungskampagne versucht, Israels Existenzrecht zu unterminieren.

Der Bundesrat tat recht daran, immer wieder zu betonen, dass sich nicht der Mächtige durchsetzen können muss, sondern der, der im Recht ist. Allerdings muss Recht auch tatsächlich recht sein. Das internationale Völkerrecht, dessen Bruch Israel immer wieder vorgeworfen wird, wird durch die Gemeinschaft mehrheitlich nicht demokratisch legitimierter Staaten gesetzt, die Israel gegenüber doppelte Standards anwendet und Israel ausgesondert beurteilt. Als Beispiele für doppelte Standards seien hier erwähnt einerseits die Zuweisung von Cisjordanien und Gaza durch die UNO in die Kategorie Besetzte Gebiete und nicht in die Kategorie Umstrittene Gebiete, obwohl es nie einen palästinensischen Staat gegeben hat, also konnte man ihn weder besetzen noch kann man ihm etwas zurückerstatten, obwohl vor 1967 Cisjordanien von Jordanien annektiert bzw. Gaza von Ägypten verwaltet worden war und heute weder Jordanien noch Ägypten Ansprüche auf diese Territorien erheben, und andererseits die spezielle Definition der UNO für palästinensische Flüchtlinge, die sich von der Definition der UNO für die Flüchtlinge anderer Regionen vor allem dadurch unterscheidet, dass bereits ein kurzer Aufenthalt in Palästina genügt, um als palästinensischer Flüchtling anerkannt zu werden. Beispiele für die ausgesonderte Beurteilung sind die Anzahl Resolutionen der UNO-Generalversammlung oder des UNO-Menschenrechtsrates gegen Israel, dies jeweils im Verhältnis zur Gesamtzahl der Resolutionen des Gremiums oder gar im Verhältnis der Opferzahlen der verschiedenen Konflikte weltweit, von über Formalien hinausgehender Ausgewogenheit der Resolutionstexte unter den Parteien des Nahostkonfliktes ganz zu schweigen. Seit 1973, als die muslimischen Staaten die Erdölwanne und auch ihren aus den Erdölexporten stammenden Reichtum zur Durchsetzung ihrer politischen Anliegen einzusetzen begannen, steht Israel nicht nur von vornherein allen muslimischen Staaten dieser Erde gegenüber, die ja 30% der Staatengemeinschaft ausmachen, sondern bleibt fast allein. Denn Israel zu verurteilen kostet nichts, aber bringt in der muslimischen Welt viel Wohlwollen, womit dort grosse wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet werden und auch die Wahrscheinlichkeit gemindert wird, ins Fadenkreuz von Terroristen zu gelangen. Die Schweiz unterliegt dieser Staatsraison auch immer wieder. Diese spezielle Art von Völkerrecht ist eine muslimische Waffe gegen Israel. Würde der Staat Israel alle Anforderungen des Völkerrechts so erfüllen, wie sie speziell an ihn gestellt werden, also den doppelten Standards unterworfen und ausgesondert beurteilt, hätten Terroristen schon lange die Flucht der grossen Mehrheit der Juden aus Israel erzwungen und den Untergang Israels erreicht.

Es ist eine traurige Erkenntnis aus der Geschichte des Nahen Ostens, dass je unverhältnismässiger Israel muslimischen Terror vergolten hat, die darauf folgende Periode der relativen Ruhe umso länger war und damit umso weniger Personen auf beiden Seiten insgesamt zu Schaden kamen. Selbstverständlich sind die Bewohner Gazas schlimm dran. Aber immerhin haben sie dieses Schicksal in demokratischen Wahlen selbst bestimmt, indem sie grossmehrheitlich die Hamas gewählt hatten, welche mit dem bewaffneten Kampf gegen Israel geworben und ihr Wahlversprechen auch umgesetzt und die erwarteten Konsequenzen eingefahren hat. Selbstverständlich ist es ein schweres Schicksal, Flüchtling zu sein. Aber nach der Gründung Israels sind mehr Juden aus muslimischen Staaten vertrieben worden, als Muslime aus Israel, erstere

haben sich jeweils in ihre neue Gesellschaft integriert, wie Abermillionen verschiedenster Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg auch. Selbstverständlich braucht es eine Zweistaatenlösung. Aber Israel ist nicht das Hindernis für einen palästinensischen Staat westlich des Jordans, denn ein solcher ist auch vor der israelischen, durch muslimische Regimes verursachten Besetzung Cisjordanien und Gazas in 1967 nicht entstanden, und die Besetzung von 1967 ist nicht die Ursache des muslimischen Terrors, denn diesen hat es auch vor 1967 gegeben, sondern der Terror ist die Ursache der Kriege Israels. Und selbstverständlich muss die Teilung des Landes, wie die UNO schon 1947 festgelegt hatte, konfliktminimierend erfolgen, nämlich so, dass die Wohnorte möglichst vieler Juden und Palästinenser jeweils dem eigenen Land zugeschlagen werden, womit der israelische Siedlungsbau das Territorium eines zukünftigen Palästinenserstaates tatsächlich laufend verkleinert. Aber gerade deshalb wirkt der israelische Siedlungsbau als Mittel, die Palästinenser unter Zeitdruck zu setzen, diesen nun seit über 100 Jahren andauernden Konflikt endlich auch beenden zu wollen; allerdings betreiben viele den Siedlungsbau auch aus illegitimen Motiven und mit unrechten Mitteln. Solange zugleich einerseits massgebende Palästinenser nicht darauf setzen, sich selber weiterzuentwickeln, sondern vielmehr hoffen, dass Israel Dank dem Druck westlicher Staaten über Selbstbeschränkungen sich selbst soweit schwächt, dass es schliesslich implodiert und andererseits Israel nicht zur Selbstaufgabe bereit ist, werden die Palästinenser Leidende und Aggressoren zugleich bleiben. Opfer ist, wer sein Schicksal nicht selbst verbessern kann. Die Palästinenser könnten umgehend ihren eigenen Staat neben Israel haben, und dies stets seit 1948, wenn sie nur das Gewaltmonopol innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft durchsetzen und sich demokratisch legitimiert zur gewaltlosen Konfliktlösung auf der Basis fairer Prinzipien bekennen würden. Israel hingegen kann den anvisierten Frieden auch mit einer Annahme aller auch nur halbwegs legitimen muslimischen Forderungen nicht erreichen, im Gegenteil. Jedes israelische Entgegenkommen wird nicht mit einem reziproken Entgegenkommen entgolten, sodass sich die Parteien so annähern könnten, sondern jedes Entgegenkommen wird traditionell als Schwäche ausgelegt und provoziert zusätzliche muslimische Forderungen. Die Schweiz hat dies jetzt im Konflikt mit Libyen auch lernen müssen. Da hinreichend viele Muslime zumindest unter sich ganz Israel als besetztes Gebiet ansehen, könnten die Juden im Nahen Osten unter den heutigen Rahmenbedingungen nur Frieden erreichen, wenn sie Israel aufgäben und grossmehrheitlich nach Europa und Amerika fliehen würden, dies entsprechend den Wünschen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschads. Das kann der Bundesrat ja nicht wollen.

Dem Bundesrat ist deshalb zu empfehlen, sich der weltweiten Kampagne zur Delegitimierung Israels nicht zu unterwerfen, sondern im Gegenteil nach Kräften mitzuhelfen, Israel zu einem geachteten Mitglied möglichst vieler internationaler Organisationen zu machen und damit beizutragen, Israel aus seiner ständigen Notwehr-Situation zu befreien und so zugleich die Chancen der Palästinenser auf eine friedliche Eigenstaatlichkeit neben Israel und ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu verbessern.